

Erste Bilanz der EU-Osterweiterung: Importe der neuen Mitgliedsländer aus der Eurozone gewinnen an Bedeutung

Timo Baas
tbaas@diw.de

Mechthild Schrooten
mschrooten@diw.de
mechthild@ier.hit-u.ac.jp

Seit der Erweiterung am 1. Mai 2004 gehören acht vormalig sozialistische Länder – Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien¹ – der Europäischen Union an.² Auch im Jahr ihres Beitritts wiesen die neuen EU-Mitglieder noch eine kräftige gesamtwirtschaftliche Dynamik auf. Damit hat sich der Konvergenzprozess im Hinblick auf die Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der heutigen EU-25 fortgesetzt. Bemerkenswert ist indes, dass es im Zuge der EU-Osterweiterung offenbar zunächst nicht zu dem von vielen erwarteten starken Wachstumsimpuls für die Beitrittsländer kam; vielmehr hat sich dort das gesamtwirtschaftliche Tempo in der Zeit nach dem Beitritt vielfach sogar abgeschwächt. Ursächlich dafür dürfte gerade die nach dem Beitritt stärker gewordene Handelsverflechtung zwischen den Ländern der Eurozone und den neuen Mitgliedsländern gewesen sein. Während die neuen Mitgliedsländer mit einer relativ schwachen Nachfrage aus der Eurozone konfrontiert waren, konnten die Länder der Eurozone ihrerseits von der insgesamt kräftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Mitgliedsländern sowie von den handelsumlenkenden Effekten des Beitritts profitieren; der Anteil der Importe, die aus der Eurozone bezogen werden, ist gestiegen. Zugleich nahm der Handel der Beitrittsländer mit Nicht-EU-Staaten spürbar ab.

Die Beitrittsverträge sehen vor, dass die neuen Mitgliedsländer zu gegebener Zeit den Euro einführen werden, wenngleich hier kein genauer Terminplan besteht. Voraussetzung dafür ist die Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Insbesondere in Bezug auf die Lage der öffentlichen Haushalte, aber auch bei der Inflationsbekämpfung müssen viele der neuen Mitgliedsländer noch erhebliche Anstrengungen leisten.

Hohe gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten in den neuen Mitgliedsländern

Die gesamtwirtschaftliche Produktion der neuen Mitgliedsländer legte auch im Jahre 2004, dem Jahr ihres Beitritts zur Europäischen Union, außerordentlich kräftig zu (Tabelle 1);³ nach den vorläufigen Daten wurde ein realer Zuwachs

¹ Im Folgenden werden diese Länder vereinfachend als neue Mitgliedsländer der EU bezeichnet. Die am gleichen Tag ebenfalls beigetretenen Länder Malta und Zypern werden hier nicht berücksichtigt.

² Damit gehören der EU insgesamt 25 Volkswirtschaften an.

³ Das DIW Berlin legte bereits im vergangenen Jahr eine ausführliche Analyse zur EU-Osterweiterung vor. Vgl. Tilman Brück, Herbert Brücker, Hella Engerer, Christian von Hirschhausen, Mechthild Schrooten, Dieter Schumacher, Ulrich Thießen und Harald Trabold: EU-Osterweiterung: Klare Herausforderungen, unberechtigte Ängste. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2004.

72. Jahrgang/19. Mai 2005

Inhalt

Erste Bilanz der EU-Osterweiterung: Importe der neuen Mitgliedsländer aus der Eurozone gewinnen an Bedeutung
Seite **337**

Zahlenbeilage

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten in den neuen EU-Mitgliedsländern

	Bruttoinlandsprodukt		Arbeitslosenquoten	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		In %	
	2003	2004	2003	2004
Estland	5,1	6,1	10,0	10,0
Lettland	7,5	8,5	8,6	8,7
Litauen	9,7	6,7	12,4	11,4
Polen	3,8	5,4	19,9	19,6
Slowakei	4,5	5,5	17,4	18,1
Slowenien	2,5	4,6	6,7	6,3
Tschechische Republik	3,7	4,0	7,8	8,3
Ungarn	2,9	4,0	5,9	6,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
EU-25	1,0	2,3	9,1	9,0
EU-15	0,9	2,2	8,0	8,0
Deutschland	-0,1	1,6	9,1	9,5

Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

von gut 5 % realisiert. Damit war die gesamtwirtschaftliche Expansion dieser Volkswirtschaften erneut deutlich stärker als in der EU-15 und der Eurozone.⁴

In den neuen Mitgliedsländern geht die gesamtwirtschaftliche Dynamik nach wie vor auf eine kräftige Binnennachfrage zurück.⁵ Insbesondere der private Verbrauch expandierte nicht zuletzt angesichts deutlicher Reallohnsteigerungen spürbar. Auch wurden die Investitionen kräftig ausgeweitet, nachdem sich gerade in den Jahren vor dem EU-Beitritt hier eine deutliche Abschwächung abgezeichnet hatte.⁶ Dabei zogen sowohl die privaten Anlageinvestitionen als auch die staatlichen Investitionen in Infrastruktur – angeregt durch Förderprogramme – an. In einzelnen Ländern dürften darüber hinaus positive Impulse auch von den relativ hohen ausländischen Direktinvestitionen ausgegangen sein, da Investitionen in die heimische Zulieferbranchen vielfach attraktiv erscheinen.

Dazu könnte beigetragen haben, dass das Lohnniveau im Vergleich zur EU-15 trotz der raschen Reallohnsteigerungen immer noch relativ gering ist. Auffällig ist allerdings, dass die Arbeitslosigkeit bei anhaltend kräftigem gesamtwirtschaftlichen Wachstum in nahezu allen neuen Mitgliedsländern auf hohem Niveau verharrt.⁷ Insgesamt sind die neuen Mitglieder der EU als kleine Volkswirtschaften mit einem hohen Grad an Offenheit anzusehen: Export- und Importentwicklung spielen für die gesamtwirtschaftliche Dynamik eine große Rolle. So legten die Exporte dieser Länder im Jahre 2004 kräftig zu; gerade in der ersten Jahreshälfte konnten diese Volkswirtschaften von den günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profi-

tieren. Auch die Importe wurden vielfach deutlich ausgeweitet.

Die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten im Jahresverlauf 2004 zeigt eine Abschwächung der Zuwachsraten. Insbesondere wird deutlich, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik im zweiten Halbjahr – also nach dem Beitritt zur EU – nachließ; dies gilt nach den vorläufigen Zahlen offenbar vor allem für das vierte Quartal. Hier schlägt sich nicht zuletzt die deutliche Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik in der Eurozone nieder, die infolge der engen Handelsverflechtung auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Mitgliedsländer beeinträchtigt.

Handel mit der Eurozone: Stagnation der Exportanteile – dynamische Entwicklung der Importanteile

Mit Beginn der Transformation⁸ kam es in allen ehemaligen sozialistischen Ländern zu einer weitreichenden geographischen Neuorientierung des Außenhandels. Spielte vormals die Handelsverflechtung innerhalb der Gruppe der sozialistischen Volkswirtschaften die zentrale Rolle, so gewann nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme die Verflechtung mit dem westlichen Ausland an Bedeutung.

Seit Ende der 90er Jahre gehen gut 80 % der Exporte der neuen Mitgliedsländer in die EU. Auch bei den Importen dieser Länder hat die Europäische Union den Löwenanteil (etwa 70 %). Eine wichtige Rolle spielt dabei der Handel mit der Eurozone.⁹ Dorthin gingen vor dem EU-Beitritt etwa 58 % der gesamten Exporte der neuen Mitgliedsländer; zugleich hatten die Länder der Eurozone mit etwa 50 % einen beachtlichen Anteil an den Gesamtimporten dieser Volkswirtschaften. Wichtigster Exporteur in die Eurozone ist die Tschechische Republik, gefolgt von Polen und mit einem gewissen

⁴ Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gelten die neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsländer als klein: Sie verfügen in der Summe über etwa 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts der heutigen EU-25. Bezogen auf die Bevölkerung sind es allerdings über 20 %.

⁵ Vgl. dazu auch die jüngst veröffentlichte Gemeinschaftsdiagnose: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2005.

⁶ Mechthild Schrooten: Ökonomische Perspektiven der EU-Osterweiterung. In: Der Bürger im Staat, Jg. 54, Heft 1, 2004, S. 17–19.

⁷ Eine Ausnahme stellen Slowenien und Ungarn dar; hier liegt die Arbeitslosenquote mit jeweils etwa 6 % unter dem Durchschnitt der EU-15 (2004: 8 %).

⁸ Die Transformation von einem sozialistischen Wirtschaftssystem in eine Marktwirtschaft begann in den mittelosteuropäischen Volkswirtschaften zu unterschiedlichen Zeitpunkten. So gehörte Polen zu den ersten Transformationsländern (1989), während die gesellschaftliche und wirtschaftliche Umgestaltung in Estland, Lettland und Litauen verhältnismäßig spät einsetzte (1992).

⁹ In der folgenden Betrachtung werden die Angaben von Eurostat über die Entwicklung des Außenhandels der neuen Mitgliedsländer mit der Eurozone zugrunde gelegt.

Abstand von Ungarn. Unter den neuen Mitgliedsländern sind diese drei Volkswirtschaften zugleich die bedeutendsten Abnehmer von Produkten aus der Eurozone.

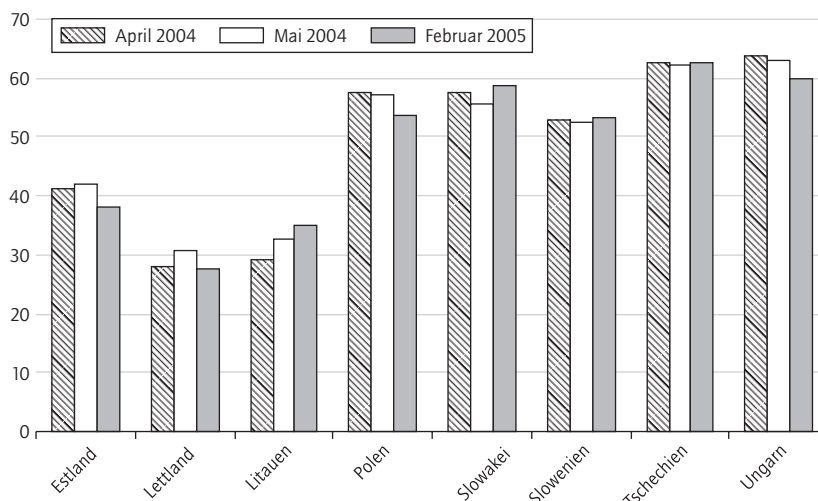
Dabei bestanden im Hinblick auf den Grad der Handelsverflechtung zwischen den einzelnen neuen Mitgliedsländern und der Eurozone schon vor dem EU-Beitritt erhebliche Unterschiede, die offenbar auch nach dem EU-Beitritt noch vorhanden sind. Mit anderen Worten: Die neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsländer stellen hinsichtlich ihrer Handelsverflechtung und ihrer realwirtschaftlichen Integration in den Euroraum keineswegs einen homogenen Block dar. Hierbei dürften neben geographischen Faktoren auch historisch gewachsene Geschäftsbeziehungen und die Bedeutung sowie Herkunft der ausländischen Direktinvestitionen in dem jeweiligen neuen Mitgliedsland eine Rolle spielen. Führten beispielsweise Litauen und Lettland vor dem Beitritt zur EU nicht einmal 30 % ihrer Exporte in die Eurozone aus, so lag der entsprechende Wert im Falle von Ungarn und der Tschechischen Republik bei über 60 % (Abbildung 1).¹⁰ Ähnliche geographische Muster ergeben sich in Bezug auf die Importe; für Polen, die Tschechische Republik und Slowenien ist hier die Eurozone die dominierende Region (Abbildung 2).

Mehr als die Hälfte der gesamten Exporte der neuen Mitgliedsländer geht in die Eurozone. Dieser Anteil stagniert etwa seit 1999. Auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union kam es nicht zu einem Anstieg des Anteils der Eurozone an den Exporten, während sich der Anteil der Importe aus der Eurozone mit dem Beitritt sprunghaft erhöhte. Vor dem EU-Beitritt erreichten beispielsweise die aus der Eurozone importierten Güter in Litauen und Lettland einen Anteil von etwa 35 % an den gesamten Importen; in der Tschechischen Republik und Polen wurde die 50-Prozent-Marke deutlich überschritten, und Slowenien war mit einer Quote von über 60 % der Spitzenreiter. Im Beitrittsmonat legten diese Anteile deutlich zu. So nahm der entsprechende Wert im Falle Litauens und Lettlands auf jeweils rund 40 % und in Polen auf gut 60 % zu. Den größten Sprung im ersten Monat nach dem Beitritt machten Tschechien und Ungarn; dort stiegen die Anteile um jeweils 13 Prozentpunkte auf 66 % bzw. 58 %.

Trotz einiger Schwankungen in der Zeit danach haben sich die neuen Strukturen als relativ stabil erwiesen. Die Entwicklung des Außenhandels legt die Vermutung nahe, dass es im Gefolge der EU-Osterweiterung vor allem zu einer Handelsumlenkung zugunsten der Importe aus der Eurozone gekommen ist. Allerdings sind bei der Interpretation der von Eurostat präsentierten Zeitreihen auch

Abbildung 1

Exporte der neuen EU-Mitgliedsländer
Anteil der Lieferungen in die Eurozone in %¹



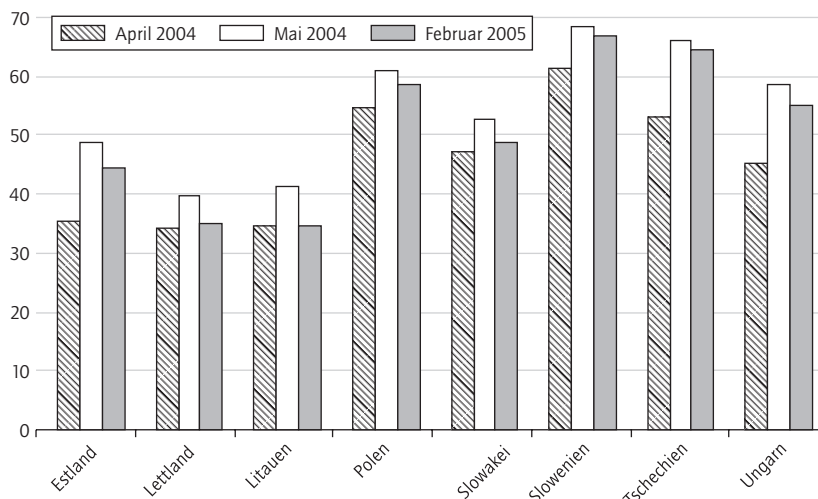
¹ Saison- und handelstäglich bereinigt.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 2

Importe der neuen EU-Mitgliedsländer
Anteil der Bezüge aus der Eurozone in %¹



¹ Saison- und handelstäglich bereinigt.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

methodisch-statistische Effekte zu beachten; diese betreffen jedoch die Erfassung von Exporten und Importen gleichermaßen, so dass sich damit allein

¹⁰ Angesichts der noch vorhandenen Unsicherheiten über die Konsistenz der von Eurostat vorgelegten Zeitreihen werden im Folgenden vor allem Trends nachgezeichnet.

Kasten

EU-Osterweiterung: Statistisch-methodische Effekte auf die Außenhandelsdaten

Die Erfassung des EU-Außenhandels und des EU-Binnenhandels erfolgt über unterschiedliche Erhebungstechniken. Der EU-Außenhandel wird über Zollanmeldungen erfasst, der EU-Binnenhandel über Unternehmensbefragungen. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union musste daher die Erfassung des Warenverkehrs der neuen Mitgliedsländer umgestellt werden.¹ Als Folge dieser Umstellung werden nun für die neuen Mitgliedsländer der EU die für die Binnenerfassung üblichen Bewertungsmethoden angewandt. Zum einen führt insbesondere die geänderte Erfassung des Transitwarenverkehrs unweigerlich zu einer Verzerrung der Datenbasis; zum anderen werden Teile des Warenverkehrs von der Erfassung befreit. Damit ergibt sich ein methodischer Bruch.

Neben den statistisch-methodischen Veränderungen führt die Umstellung *eo ipso* zu zusätzlichen Erfassungsproblemen, da zur Erfassung verpflichtete Unternehmen möglicherweise ihrer Meldepflicht bisher nicht nachkamen.² Dieses Problem dürfte jedoch bis spätestens Herbst 2005 gelöst sein, da dann üblicherweise alle Nachmeldungen für das vorangegangene Jahr eingegangen sein werden.

Zu den grundsätzlichen Veränderungen, die sich aus der EU-Erweiterung ergeben, gehören u. a. folgende Besonderheiten:

- **Transitwarenverkehr**
Bisher zählten Waren, die über ein EU-Drittland in ein EU-Land importiert wurden, als Warenverkehr mit dem Drittland. Seit dem Wegfall der Zollschranken werden diese Warenbewegungen als Transitwarenverkehr gewertet. Die bisherige Erfassung als Warenverkehr entfällt.
- **Befreiter Warenverkehr**
Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union reduzieren insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen die Mitteilungsanforderungen³ mit dem Ziel, einerseits die Qualität der statistischen Daten sicherzustellen, andererseits diese Unternehmen nicht übermäßig zu belasten. Im Gegensatz hierzu wird der EU-Außenhandel unterhalb einer Schwelle von 1 Tonne oder einem Warenwert von 1 000 Euro nicht erfasst. Eine Befreiung kleiner und mittlerer Unternehmen existiert zollbedingt nicht. Demnach führt der Übergang von der Außen- auf die Binnenerfassung zu einer Veränderung der Datenbasis.

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2005.

² Vgl. Deutsche Bundesbank, a. a. O.

³ Vgl. Europäische Kommission: Statistik des Warenverkehrs, Benutzerleitfaden. Luxemburg 2002.

die Importentwicklung nicht erklären lässt (Kasten).¹¹

Mögliche Ursachen für die Handelsumlenkung

Bereits im Vorfeld der EU-Osterweiterung schlossen die damaligen Beitrittskandidaten präferentielle Handelsabkommen mit der EU ab und erhöhten die Zölle gegenüber Drittländern. Hierdurch kam es zu handelsumlenkenden Effekten¹²: Der Export in die EU, insbesondere in die Eurozone, wurde gestärkt (Abbildung 3), und die Lieferungen in andere Länder verloren entsprechend an Bedeutung. Diese Entwicklung setzte schon vor dem eigentlichen EU-Beitritt ein.

Anders dagegen war die Situation bei den Importen (Abbildung 4). Die Außenzölle der neuen Mitgliedsländer wurden vor dem Beitritt nicht voll-

ständig den EU-Außenhandelszöllen angepasst. Dieser Schritt wurde erst mit dem Beitritt zur Europäischen Union vollzogen. Die neuen Regelungen zum 1. Mai 2004 lösten schlagartig die bislang gültigen, teils erheblich niedrigeren nationalen Außenzölle ab und änderten damit die Rahmenbedingungen für den Außenhandel. Somit dürfte dieser Effekt einen erheblichen Teil der mit der EU-Erweiterung einhergehenden starken Umlenkung der Importe zugunsten der EU, insbesondere der Eurozone, erklären.

¹¹ Die Eurostat-Handelsdaten lassen handelsumlenkende und -schaffende Effekte als wahrscheinlicher erscheinen, da sich einerseits der Anteil der Eurozone an den Importen erhöht hat, andererseits das Volumen der Exporte nach saisonaler Bereinigung weitgehend konstant geblieben ist.

¹² Handelsumlenkende Effekte entstehen durch die Verlagerung der Importe von Ländern außerhalb einer Zollunion in Länder der Zollunion aufgrund der Veränderung der internationalen Preisstruktur. Während Importgüter aus der Zollunion relativ günstiger werden, werden Güter außerhalb der Zollunion relativ teurer. Auch wenn die Europäische Union weit über eine klassische Zollunion, in der die Zölle innerhalb der Union null und außerhalb der Zollunion positiv sind, hinausgeht, dürften die Außenhandelseffekte der einer Zollunion entsprechen.

Perspektive: Beitritt zur Eurozone

Die neuen Mitgliedsländer haben sich in ihren Beitrittsverträgen verpflichtet, der Eurozone beizutreten und die Gemeinschaftswährung einzuführen. Einen genauen Zeitplan gibt es jedoch nicht. Es lässt sich aber bereits jetzt erkennen, dass sich die Länder keineswegs zum gleichen Zeitpunkt der Eurozone anschließen werden. Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Währungsunion ist neben der Durchsetzung entsprechender rechtlich-institutioneller Rahmenbedingungen und der zweijährigen Mitgliedschaft im WKM II auch die Erfüllung der sog. Maastricht- oder Konvergenzkriterien, in deren Mittelpunkt monetäre Indikatoren stehen. Im Einzelnen geht es um fünf Punkte der Konvergenz: Preisstabilität, Finanzlage der öffentlichen Haushalte – zum einen das aktuelle Defizit, zum anderen die Staatsverschuldung insgesamt –, Stabilität des Wechselkurses und Konvergenz der langfristigen Zinssätze (Tabelle 2).

Bisher erfüllt nur Litauen die Konvergenzkriterien für einen Euro-Beitritt, muss allerdings noch die für den rechtlichen Rahmen erforderlichen Änderungen durchführen. Da sich Litauen bereits am 27. Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus WKM II angeschlossen hat (Tabelle 3), könnte dieses Land Mitte des Jahres 2006 der Eurozone beitreten und die Gemeinschaftswährung einführen.

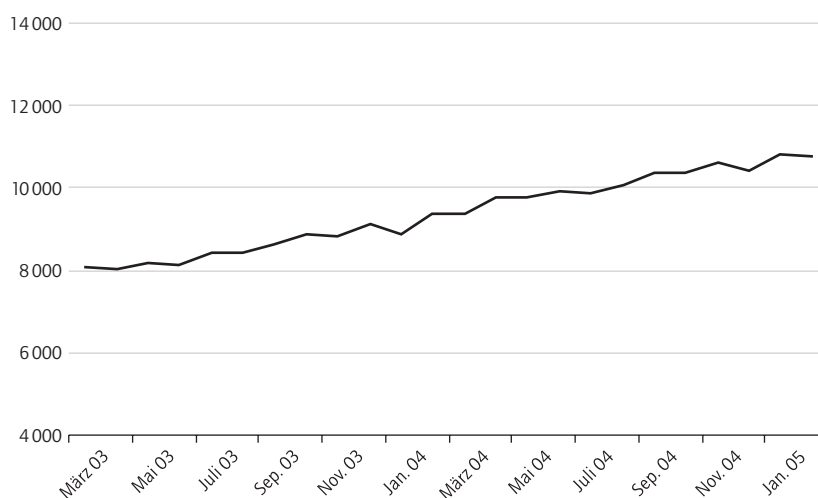
Zwar sind mit Estland und Slowenien derzeit weitere Länder Mitglieder des WKM II, jedoch erfüllen sie die Konvergenzkriterien noch nicht. Während Estland im Jahre 2003 beim Konvergenzkriterium „Preisstabilität“ Erfolg hatte, misslang dies 2004. Wann Estland der Währungsunion beitreten kann, ist daher offen. Auch in Slowenien wurde im Jahre 2004 das Kriterium der Preisstabilität nicht erfüllt; demnach ist auch hier der Zeithorizont für die Einführung des Euro noch nicht ganz klar.

Mit der Fixierung des Lat gegenüber dem Euro Anfang 2005 hat Lettland einen wichtigen Schritt gemacht, dem WKM II beizutreten. Dies erfolgte am 2. Mai 2005. Nach zweijähriger Mitgliedschaft könnte sich Lettland in zwei Jahren der Währungsunion anschließen; allerdings wären hierzu aus heutiger Sicht weitere Anstrengungen – so die Rückführung der Inflationsrate – notwendig.

Alle anderen Länder planen einen WKM-II-Beitritt für 2006/2007, was einen frühest möglichen Beitritt zur EWU in den Jahren 2008/2009 bedeutet. Jedoch ist zu beachten, dass Ungarn und Polen neben den rechtlichen Voraussetzungen und der Mitgliedschaft im WKM-II-Mechanismus auch drei der Konvergenzkriterien nicht erfüllen.

Abbildung 3

Exporte der neuen EU-Mitgliedsländer in die Eurozone In Mill. Euro¹



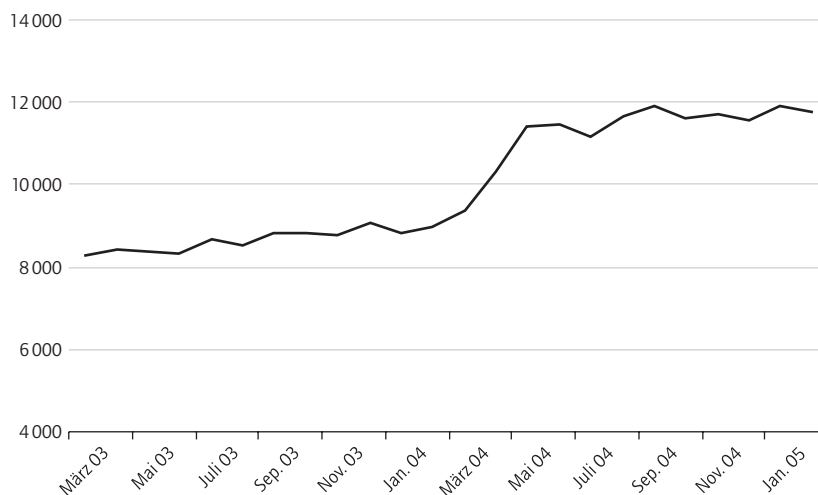
¹ Saison- und handelstäglich bereinigt.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 4

Importe der neuen EU-Mitgliedsländer aus der Eurozone In Mill. Euro¹



¹ Saison- und handelstäglich bereinigt.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Diskussion um den Stabilitätspakt

In der aktuellen Diskussion um die Reform des Stabilitätspaktes wird gelegentlich angenommen, dass mit der neuen Auslegung auch der Beitritt der neuen Mitgliedsländer zur Europäischen Währungsunion (EWU) erleichtert wird. Da aber der Stabilitätspakt ausschließlich für Länder gilt, die bereits der EWU

Tabelle 2

Konvergenzindikatoren in den neuen EU-Mitgliedsländern

	Konvergenz der Inflationsraten		Konvergenz der langfristigen Zinsen		Schwankung des Wechselkurses zum Euro ³		Finanzlage der öffentlichen Haushalte			
	Veränderung der Verbraucherpreise (HVPI) in % ¹		Rendite von Staatsanleihen ² in %		Wechselkursveränderung zum Vorjahr in %		Defizit in % des Bruttoinlandsprodukts		Staatsverschuldung in % des Bruttoinlandsprodukts	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
Konvergenzkriterium der EU	2,8	2,6	6,2	6,2	15,0	15,0	-3,0	-3,0	60,0	60,0
Estland	1,4	3,0	5,3	4,4	0,0	0,0	3,1	1,8	5,3	49,0
Lettland	2,9	6,2	4,9	4,9	5,1	1,9	-1,5	-0,8	14,4	14,4
Litauen	-1,1	1,1	5,3	4,5	-0,1	0,0	-1,9	-2,5	21,4	19,7
Polen	0,7	3,6	5,8	6,9	7,0	1,5	-4,5	-4,8	45,4	43,6
Slowakei	8,5	7,4	5,0	5,0	-1,4	-1,8	-3,7	-3,3	42,6	43,6
Slowenien	5,7	3,6	6,4	4,7	1,7	1,1	-2,0	-1,9	29,4	29,4
Tschechische Republik	-0,1	2,6	4,1	4,8	1,7	0,1	-11,7	-3,0	38,3	37,4
Ungarn	4,7	6,8	6,8	8,2	2,2	-0,4	-6,2	-4,5	56,9	57,6

1 Die harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) werden bei der Beurteilung der Inflationskonvergenz gemäß Artikel 121 des Amsterdamer Vertrages verwendet.

2 Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt mit einer Restlaufzeit von ungefähr zehn Jahren.

3 Das Wechselkurskriterium gilt nach zweijähriger Mitgliedschaft im WKM II als erfüllt, falls die maximalen Schwankungen in dieser Zeit unter 15 % lagen.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Tabelle 3

Wechselkursregime der neuen EU-Mitgliedsländer

	Wechselkursregime	Mitgliedschaft im WKM II
Estland	Currency board ¹	Ja
Lettland	Currency board ¹	Ja
Litauen	Fixierung mit breitem Wechselkursband ²	Ja
Polen	Flexibler Wechselkurs	Nein
Slowakei	Managed floating ³	Nein
Slowenien	Fixierung mit breitem Wechselkursband ²	Ja
Tschechische Republik	Managed floating ³	Nein
Ungarn	Fixierung mit breitem Wechselkursband ²	Nein

1 Der Wechselkurs wird fixiert, zusätzlich wird ein fixes Austauschverhältnis garantiert.

2 Der Wechselkurs wird mit einer erlaubten Schwankungsbreite von $\pm 15\%$ fixiert.

3 Der Wechselkurs ist flexibel, wird jedoch durch Interventionen der Zentralbank geglättet.

Quellen: IMF Country Reports; Recent Economic Developments, verschiedene Ausgaben; IMF International Financial Statistics; nationale Zentralbanken.

DIW Berlin 2005

angehören, ist diese Annahme fraglich. Es kommt vielmehr auf die Interpretation der Klausel an, die besagt, dass zum Beitrittszeitpunkt kein übermäßiges Defizit festgestellt werden darf.¹³ Demnach könnte der Beitritt der neuen EU-Länder zur EWU nur dadurch erleichtert werden, dass die Reform

des Stabilitätspaktes zu einer Änderung der Interpretation des Konvergenzkriteriums führt.

Allerdings dürfte die Diskussion um die Einführung der Gemeinschaftswährung zusätzliche Impulse durch die jüngste Handelsentwicklung erhalten. So wurde bereits zum einen in Lettland die Fixierung der nationalen Währung am Euro mit der verstärkten Handelsintegration in der Eurozone begründet.¹⁴ Zum anderen wird in der theoretischen Literatur eine starke Handelsintegration als ein entscheidendes Kriterium für einen optimalen Währungsraum gesehen.¹⁵ Die steigende Bedeutung des Handels der neuen EU-Länder mit der Eurozone ist also für sich genommen als ein wichtiger Schritt in Richtung EWU-Beitritt zu sehen.

13 Wäre es den neuen EU-Ländern möglich, die Umstellung auf ein teilweise privat finanziertes Rentensystem aus dem Defizit herauszurechnen, so würde dies z. B. für Polen eine Senkung des Defizits um 1,5 Prozentpunkte im Jahre 2004 und um 0,8 Prozentpunkte im Jahre 2007 bedeuten. Damit hätte Polen für 2004 das Konvergenzkriterium erfüllt (vgl. www.bank.lv/eng/monpolicy/ls-euro/; Quelle: Credit Suisse First Boston).

14 Vgl. Latvijas Banka: Monetary Policy of the Bank of Latvia. Riga 2004.

15 Vgl. R. I. Mc. Kinnon: Optimum Currency Areas. In: The Economic Review, Vol. 53, 1963, S. 717 ff.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Dorothea Schäfer and Oleksandr Talavera

Entrepreneurship, Windfall Gains and Financial Constraints: The Case of Germany

In this paper we investigate the link between entrepreneurship and financial constraints. We develop a dynamic partial equilibrium model of an individual utility maximization that predicts that the person is more likely to start her business when financial constraints are eased. We test this hypothesis using German Socio-Economic Panel data covering the periods 2000–2002 and measure release from financial constraints by windfall gains. The estimates confirm that the individual has higher propensity to start her business when she gets windfall gains. Furthermore, there are stronger effects for persons that have sufficient, but not very high levels of income and abilities.

Diskussionspapier Nr. 480
Februar 2005

Tito Boeri and Herbert Brücker

Migration, Co-ordination Failures and EU Enlargement **Paper presented at the 41th Economic Policy Panel in Luxembourg,** **15/16 April 2005**

European migration policies are characterised by a fundamental paradox: While the barriers for the free mobility of labour have been largely removed within the EU, the regulation of immigration from third countries remains in the domain of national policies of the individual Member States. During the last ten years, these policies have become more and more restrictive, although the public opinion has not become more hostile on migrants. In this paper we analyse whether increasing migration restrictions can be traced back to co-ordination failures. Simulations on basis of a general equilibrium model suggest that the economic benefits from international migration are, at a GDP gain of 0.2–0.3% at a migration of 1% of the labour force, high. However, assuming (partially) rigid wages and persisting unemployment in both the sending and the receiving countries, natives in the receiving countries can lose from migration. Moreover, our results show that even under pessimistic assumptions on the unemployment rates of migrants the joint GDP of the sending and receiving countries tends to increase with unemployment benefits. However, the losses of the receiving country increase with the replacement rate. While the principles of the free movement and equal treatment enable the Community to realise the economic gains from intra-EU migration, co-ordination failures both between the receiving and the sending countries and among the receiving countries hinder international migration between the EU and its neighbouring regions. The latter is proved at the example of the Eastern Enlargement episode, where national decision-making has led to a 'race-to-the-top' with regard to transitional restrictions. While a co-ordination of migration policies between receiving and sending countries is hampered by conflicting interests, a co-ordination among receiving countries at the EU level can reduce migration restrictions and improve welfare in Europe.

Diskussionspapier Nr. 481
Februar 2005

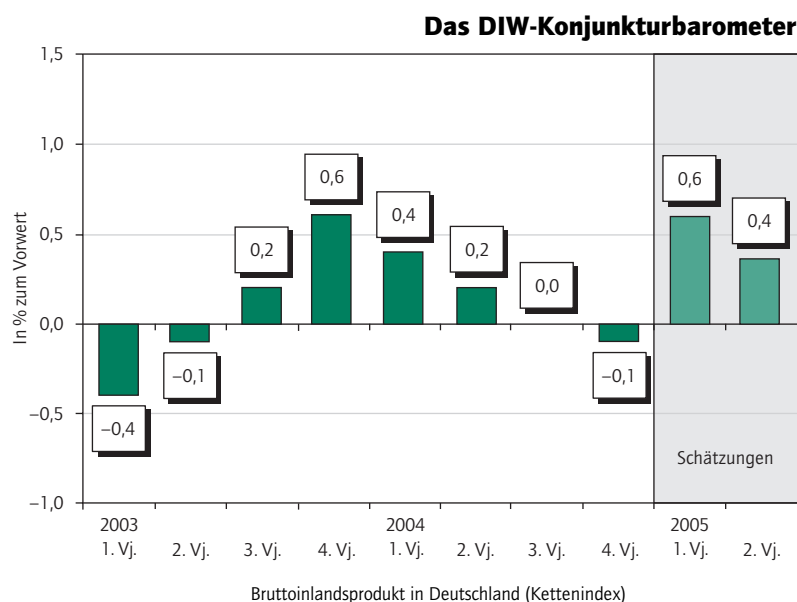
Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Das DIW-Konjunkturbarometer

Stand: 11. Mai 2005

Konjunktur zum Jahresbeginn aufwärts gerichtet

Nachdem sich die Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Produktion seit Sommer 2004 bis zum Jahresendquartal fortgesetzt hatte, erholte sich die Gesamtwirtschaft zu Beginn dieses Jahres leicht. Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürfte das Bruttoinlandsprodukt saison- und arbeitstäglich bereinigt um 0,6 % gestiegen sein; im zweiten Quartal ist mit einem Zuwachs von etwa 0,4 % zu rechnen. Ein gewisser Teil dieses Anstiegs dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die konjunkturelle Entwicklung im Schlussquartal 2004 durch die ungenügend berücksichtigte ungewöhnlich hohe Zahl von Arbeitstagen wohl unterzeichnet wurde; im ersten Quartal 2005 wird der Produktionsanstieg entsprechend überzeichnet. Auch unter Berücksichtigung dieses Effekts dürfte die konjunkturelle Dynamik jedoch etwas zugenommen haben. Gestützt wurde das gesamtwirtschaftliche Wachstum durch die Entwicklung im Einzelhandel und von der Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Allerdings verlief die Konjunktur im Baugewerbe und im Vorleistungssektor schwächer als zuvor.



Das DIW Berlin präsentiert monatlich das DIW-Konjunkturbarometer als einen Indikator für die aktuelle Konjunkturtendenz in Deutschland. Es zeigt die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das abgelaufene bzw. laufende Quartal und stellt damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Die Berechnung des DIW-Konjunkturbarometers basiert auf monatlichen Indikatoren, die – abhängig vom Zeitpunkt der Berechnungen – mehr oder weniger Schätzelemente enthält. Dem hier vorgestellten Konjunkturbarometer liegen für die Mehrzahl der verwendeten Indikatoren offizielle Werte des Statistischen Bundesamtes zugrunde.

Das DIW-Konjunkturbarometer wird regelmäßig auch auf der Homepage des DIW Berlin veröffentlicht (www.diw.de/deutsch/produkte/konjunkturbarometer).

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent./min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin